



Lehre und Leere. Grosser Hörsaal, Uni Basel: Je weniger Studierende, desto höher Konzentration und Interaktion beim Lernen. Foto Henry Muchenberger

«Die Universität ist zu Recht eine Domäne der Talentierten»

Angelika Krebs fordert substanzielle Studiengebühren und mehr Professorenstellen

INTERVIEW: NATHALIE BAUMANN

► **In der Schweiz kommen derzeit vierzig Studenten auf eine Professur. Das sei ein Unding, kritisiert Angelika Krebs (47), Philosophieprofessorin an der Universität Basel. Studierende sollen zahlen für erbrachte Leistung, aber Wirtschaftsdenken ist nicht alles.**



BaZ: Angelika Krebs, wer soll zur Uni gehen?

ANGELIKA KREBS: Wer nach Wissen strebt und auch die dafür nötige Begabung mitbringt. Manchen fehlt einfach das Vorstellungsvermögen, anderen die Gedächtnisleistung. Viele von uns sind zur

höheren Mathematik nicht fähig. Es haben auch nicht alle Menschen Interesse an akademischen Weihen. Für manche war das Drücken der Schulbank schon eine Qual, und die Hochschule wäre ein Gefängnis. Die arbeitsteilige Gesellschaft braucht ja zum Glück nicht nur Akademi-

ker, sondern auch Müllmänner, Bauern, Sekretärinnen und Krankenschwestern.

Dann soll die Uni nicht für alle offen sein?

Der Slogan «Bildung für alle!» ist nur richtig, wenn es um die Grundbildung an der Schule geht, die uns auf unser Leben als Mensch und Bürger vorbereitet. Für die Hochschulbildung ist er falsch. Die Universität bereitet auf besonders anspruchsvolle Rollen in der Gesellschaft vor, zum Beispiel diejenigen der Richter, Lehrer oder Ärzte. Die Uni ist – aller Gleichheitsideologie zum Trotz – zu Recht eine Domäne der Talentierten. Und das ist nicht unbedingt ein Plädoyer für Elite-Unis.

Sie sagen: «Müllmänner subventionieren Akademiker» und kritisieren damit die «soziale Schieflage» der Finanzierung des Uni-Studiums, wie sie in der Schweiz heute stattfindet. Was wäre die Alternative?

Die primären Nutzniesser ihres Studiums sind die Studierenden. Sie erhalten später für ihre

Arbeit wahrscheinlich einen hohen Lohn, haben eine relativ gute Arbeitsplatzsicherheit und können Befriedigung in ihrem Beruf finden. Nach dem Gerechtigkeitsgrundsatz von Leistung und Gegenleistung sollten sie für ihr Studium bezahlen. Und das bedeutet substanzielle Studiengebühren.

Was meint substanziell?

Mit den vom Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft 2004 vorgeschlagenen jährlichen 5000 Franken erhöhte sich der Anteil, den Studierende an den Kosten ihrer Ausbildung übernehmen, von drei auf zwölf Prozent. In Australien tragen sie zwanzig bis dreissig Prozent, in den USA mancherorts sogar neunzig Prozent der Kosten.

Die meisten Studierenden haben dieses Geld nicht.

Ja, aber sie werden es später einmal haben. Nach dem Motto «Studiere jetzt, zahle später, wenn du genug verdienst», ist zur Finanzierung

der Studiengebühren auf das zukünftige Einkommen abzustellen. Günstige Darlehen helfen, den Liquiditätsengpass am Anfang des Erwachsenenalters zu überwinden. Die Darlehen sind so auszugestalten, dass niemand aufgrund seines sozialen Hintergrundes von der Universität fernbleibt. Nicht nur das Prinzip von Leistung und Gegenleistung, sondern auch das Prinzip der sozialen Chancengleichheit ist ein Anliegen der Gerechtigkeit. Keine Studiengebühren ohne soziale Chancengleichheit!

Akademiker haben zwar die besseren Berufschancen, aber oft gestaltet sich ihr Berufseinstieg ausgesprochen zähflüssig. Bis die «Generation Praktikum» zurückzahlen könnte, würde es eine ganze Weile dauern.

Die Rückzahlungsmodalitäten sollen so ausgestaltet sein, dass nicht zurückzahlen muss, wer den lukrativen Arbeitsplatz noch nicht gefunden hat oder überhaupt nicht findet. Nur so sind die Studiengebühren ja auch begründet. Ich selbst habe im Studium Bundesausbildungsförderung (Bafög) erhalten, und diese viele Jahre

«Die Logik des Marktes ist nun einmal eine andere als die Logik der Wahrheit.»

lang zurückgezahlt. Die Rückzahlung begann aber erst, als ich Assistentin mit festem, gutem Gehalt war. Irgendwann fing sie an, irgendwann hörte sie auf. Ich habe es kaum gemerkt. Man darf das Geld nicht so wichtig nehmen. Die Jahre an der Uni sind entscheidende Jahre des Lebens. Worauf es ankommt, ist, dass diese Jahre gute Jahre sind.

Dazu gehören zum Beispiel Seminare mit überschaubarer Teilnehmerzahl, wie sie heute auch in der Schweiz selten geworden sind. Derzeit kommen auf eine Professur vierzig Studierende. Welche Zahl wäre wünschenswert?

Ein Seminar mit vierzig Teilnehmern zerfällt unweigerlich in diejenigen – nicht unbedingt die Talentiertesten –, die vorne die «Show» machen und diejenigen – nicht unbedingt die Dümmeren –, die bloss das Publikum abgeben. Die Richtgrösse für interaktives Lernen ist die magische Zwölf. Hier können sich alle einbringen. Studierende verdienen eine Ausbildung, in der interaktives Lernen seinen festen Platz hat.

Mit welchen Mitteln könnte das erreicht werden?

Indem man mehr Professoren und Professorinnen einstellt. Mit der Einführung von jährlich 5000 Franken Studiengebühren kämen nach den Berechnungen des Arbeitskreises für Kapital und Wirtschaft schweizweit 500 Millionen Franken zusammen. Damit könnten 700 neue Professuren geschaffen werden. Man muss sich die Ausbildung an der Uni, wie das bei den Angelsachsen der Fall ist, mehr kosten lassen. Anders geht es nicht. Neues billiges Lehrpersonal einstellen, das nur lehrt, ist keine Lösung. Gibt man die Einheit von Forschung und Lehre auf, hat man bald nur noch schlechte Lehre und schlechte Forschung.

Nicht nur die Finanzierbarkeit der Lehre, sondern auch jene der universitären Forschung ist eine Debatte ohne Ende. Ist es aus Ihrer Sicht erstrebenswert, dass sich Dritte daran beteiligen?

Die universitäre Forschung hat viel mehr noch als die Lehre den Charakter eines öffentlichen

Gutes. Sie soll der ganzen Menschheit zugute kommen. Daher ist sie auch vorwiegend aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Wenn die Wirtschaft sich in grossem Stil direkt an der Förderung der universitären Forschung beteiligt, ist die Gefahr einer Pervertierung zu gross. Die Logik des Marktes ist nun einmal eine andere als die Logik der Wahrheit.

Dennoch funktionieren die Universitäten zunehmend nach der Logik des Marktes. Um wettbewerbsfähiger zu sein, nehmen Fächer mit steigender Tendenz ihre Geisteswissenschaftlichkeit zurück und geben sich als Naturwissenschaft aus. Zum Beispiel die Psychologie.

Es ist fatal, wenn sich die verstehenden Geisteswissenschaften am Modell der erklärenden Naturwissenschaften ausrichten und sich auf einen Wettbewerb mit den Naturwissenschaften um Drittmittel aus der Wirtschaft einlassen (müssen). Die Aufgabe der Geisteswissenschaften ist die Wahrung und Kritik sowie das tiefere Verständnis unserer humanen Lebenswelt. Die Naturwissenschaften und ihre Nützlichkeit entfalten sich erst auf dem Boden dieser Lebenswelt.

Viele Uniangehörige – Studierende wie Dozierende – beklagen die Entwicklung des Hochschulwesens im Zeichen des «Bologna»-Prozesses. Sie kritisieren, dass die Universität zu einem Unternehmen geworden und als Ort der Gesellschaftskritik praktisch nicht mehr existiert. Stimmen Sie ihnen zu?

Nein, ich sehe in «Bologna» vor allem eine Chance, auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Sind wir doch einmal ehrlich: Die alte, viel beschworene «Freiheit des Geistes» war in diesen Fächern oft nur eine bequeme Lösung sowohl für die Dozierenden als auch für die Studierenden. Die Lehre war oft nicht mehr als ein Abfallprodukt der Forschung. Von den Studierenden wurde nicht viel verlangt. Sie bekamen aber auch nicht viel. Das «freie» Studium führte bei ihnen nolens volens zu Orientierungslosigkeit, Unverbindlichkeit, Mittelmässigkeit und einer beschämend hohen Studienabbrecherquote von rund sieben Prozent.

Was hat «Bologna» verbessert?

Mit «Bologna» wird die Lehre modularisiert, das heisst, stärker strukturiert. Sie baut aufeinander auf, was das Niveau in Veranstaltungen für höhere Semester steigert. Es werden Mittel für studentische Tutorien gesprochen ein wichtiger Schritt in Richtung Kleingruppenarbeit. Ferner gibt es Kreditpunkte für studentische Leistung. Das bedeutet: Die Studierenden erhalten ein regelmässiges Feedback. Wenn sie ihr Studium abbrechen, tun sie es wenigstens früher.

Und die Gefahren von «Bologna»?

Man kann «Bologna» übertreiben und anstelle von kritischer Bildung, die zum Selbstdenken anhält und den Charakter formt, standardisiertes, nur marktgerechtes oder bloss äusserlich angeklebtes Fachwissen vermitteln. Aber dieser Gefahr kann man sich doch entgegenstellen. Soweit ich sehe, ist uns dies an der Universität Basel bisher gut gelungen.

> Frisch ab Druckpresse zum Thema: Ulrike Hass, Nikolaus Müller-Schöll (Hg.): «Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution». Transcript 2008, 156 Seiten.

Das Grummeln schwillt an

Basler Studierende debattieren die Zukunft der Hochschulbildung

NATHALIE BAUMANN

► Überfüllte Seminare, überholte Lernmethoden und vor lauter Kreditpunktejagen keine Zeit mehr zum Denken: Eine Diskussionsveranstaltung spiegelt die wachsende Unzufriedenheit.

Eins zu sechzig. So viele Studierende kommen derzeit in Deutschland auf einen Dozierenden. Alex Demirovic, Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Berlin und Herausgeber der sozialkritischen Zeitschrift «Prokla», zeichnete am Donnerstag im Vesalianum ein düsteres Bild der deutschen Hochschullandschaft. Er räumte indes ein, dass auch vor der Bologna-Reform nicht alles zum Besten stand.

Eingeladen wurde der deutsche Linksintellektuelle von der Aktion kritisch-unabhängiger Studierender (AkuS), einer losen Gruppe von Basler Unigängern, die sich um die Qualität der Hochschulbildung sorgt. Sie sind unter anderem der Meinung, dass die Universität «über den Horizont der Berufswelt und der Realwirtschaft» hinausblenden und ein unabhängiger Ort kritischen Denkens sein sollte. Aus diesem Grund beklagen sie, dass die Hochschulfinanzierung über Drittmittel diskussionslos hingenommen werde. Ferner zeigt sich die AkuS unzufrieden mit dem Betreuungsverhältnis, das zwar in der Schweiz nicht ganz so prekär ist, aber allmählich ähnliche Dimensionen annimmt (siehe Interview).

PRAKTISCHE PHILOSOPHIE. Angelika Krebs, Philosophieprofessorin an der Universität Basel und zweite Referentin des Abends, forderte die Studierenden auf, sich aktiv für bessere Bildung und nachhaltigere Lernformen einzusetzen. Ferner reklamierte Krebs, dass sich angehende Akademiker über substanzielle Studiengebühren stärker an der Finanzierung ihres Studiums beteiligen sollen: «The user pays.» Es gehe nicht an, dass Müllmänner Akademiker subventionierten, sagte sie. – Gerade weil das der Fall sei, argumentierte Alex Demirovic

umgekehrt, sollen auch Müllmänner am universitären Wissen teilhaben können. Die Uni müsse für alle offen sein, auf Studiengebühren solle verzichtet werden. «Die Hochschulen sind

ein Herrschaftsapparat, an dem sich die Herrschenden ständig reproduzieren», be-
anstandet er. Das müsse sich ändern. Nach zwei Stunden lebhafter und kontroverser Diskussion wurde das Podium geschlossen. Angesichts der offenen Fragen zeigten sich die Veranstalter entschlossen, die Debatte kommenden Dienstag weiterzuführen.

> Universität Basel: «Wie aus Bildungskonsumenten Streikführerinnen werden». Kollegiengebäude, Skubakeller, 16. Dezember, 18.15 Uhr.
www.akus.ch

Die Professorin –
macht sich Gedanken

Der Protest – Studie-
rende machen mobil